

LESEROBMANN

Aber bitte mit Sahne



REINHARD OLDEHEWE

TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Dies ist eine Anleitung, und Sie können mir vertrauen, liebe Leser, denn ich bin angesichts meiner ethnischen Wurzeln bei dieser Fertigkeit ein echter Experte: Zuerst legen Sie einen Kluntje (Kandiszucker) in die Tasse, dann gießen Sie den schwarzen Tee (Ostfriesenmischung nach Möglichkeit auf Grundlage von Assam- und Darjeeling-Sorten) darüber und warten, bis dieses so charakteristische Knistern des Zuckerkristalls nicht mehr zu hören ist, bevor Sie dann einen Löffel (ich betone mit viel Nachdruck des geschriebenen Wortes) Sahne hinzugeben, und zwar ganz vorsichtig am Rand, damit Sie anschließend staunend verfolgen können, wie sich ganz langsam eine weiße Wolke auf der Oberfläche ausbreitet.

Die eine oder andere regionale Abweichung davon will ich gar nicht ausschließen, aber das Grundverfahren dieser Art der Zubereitung eines aromatischen Heißgetränks bezeichnet man als „Ostfriesische Teekultur“. Und die steht auf der Liste des Immateriellen Kulturerbes der Unesco; darauf sind die Menschen in meiner Heimat stolz. Wenn ich mir jetzt aber vorstelle, meine Kollegen hätten darüber berichtet und dazu ein Foto gezeigt, auf dem ein Stück Würfelzucker oder vielleicht sogar normale Milch zu sehen ist, kann ich Ihnen versichern: Ich wäre aus der Haut gefahren und hätte mich angesichts dieses Kulturfrevels lautstark beschwert. Deshalb habe ich viel Verständnis für die sieben Leser, die mich anrufen haben, weil sie einen ähnlich großen Groll in sich zu verarbeiten hatten. Das war passiert:

Ende des vergangenen Jahres nahm die Unesco das Skatspiel in ihr Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes auf. Unter der Überschrift „Das Blatt muss sich wenden – Wieso das Skatspiel den Schutz der Unesco nötig hat“ haben meine Kollegen auf der Titelseite der „Freien Presse“ darüber berichtet, dass Deutschlands Kulturstaatsministerin Monika Grütters die entsprechende Urkunde überreicht worden war. So weit, so gut, doch dann das Drama: Auf dem Foto zu dem Artikel waren Skatkarten mit einem französischen Blatt zu sehen; also beispielsweise Kreuz statt Eichel. „Sie stoßen uns Skatspieler hier in Sachsen damit geradezu vor den Kopf“, meinte ein Anrufer, während ein Leser unverblümt sagte: „Den Bericht kann doch nur ein Wessi ins Blatt gesetzt haben.“ (Dazu habe ich jede Aussage verweigert.)

Jeder Skatfan weiß: Das Kartenspiel wurde in Altenburg 1813 erstmals erwähnt und machte den thüringischen Ort zur deutschen Skatstadt. „Und im Osten spielt man nun mal mit dem deutschen Blatt“, meinte eine Anruferin und fügte hinzu: „Das Foto ist ein Affront.“ Übrigens stehen auf der Schutzliste der Unesco auch die Bergparaden des Erzgebirges. Damit noch mehr Leute den Ärger der Skatspieler nachvollziehen können, noch dieser Hinweis: Einen der größten Proteststürme bei mir am Telefon gab es, als ein Kollege in einem Bericht über eine Bergparade die Teilnehmer als Trachtenträger bezeichnet hatte.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrnehmend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Man macht sich große Sorgen

Der Fall des rechtsradikalen Offiziers Franco A., der sich als Flüchtling ausgab, hat eine kontroverse Debatte ausgelöst. In ihren Leserbriefen suchen die Autoren nach den Gründen, aber denken auch über mögliche Lösungsansätze nach.

Generalverdacht keine Lösung

Wenn man die Nachrichten über den Fall Franco A. liest, kommt man nicht umhin, die Reaktionen der Verteidigungsministerin als bloßen Aktionismus zu bezeichnen. Über Jahrzehnte hinweg hingen in sogenannten Traditionszimmern in den Kasernen Bilder von Soldaten und Offizieren aus der Zeit der Wehrmacht im Nationalsozialismus. Nun musste alles ganz schnell entfernt werden, selbst ein Bild von Altbundeskanzler Helmut Schmidt als Wehrmachtsoffizier. Namen von Kasernen müssen auf den Prüfstand, jetzt sind sie ein Stein des Anstoßes. Ich glaube nicht, dass Franco A. sich aufgrund solcher Wehrmachtsdevotionalien radikalisiert hat. Hier sollte man viel tiefergründiger suchen, denn spätestens bei der Prüfung seiner Abschlussarbeit hätte den Vorgesetzten ein Licht aufgehen müssen; hier spielten falsche Kameradschaft und Wegesehen eine entscheidende Rolle. Wer wie Ursula von der Leyen die ganze Bundeswehr unter Generalverdacht stellt, macht es sich zu einfach. Denn tagtäglich sind deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz, um zu helfen oder zu schützen. Etwas mehr Sensibilität im Umgang mit diesem Vorfall wäre besser gewesen, als vieles zu überstürzen.

Lothar Schumann, Chemnitz

Da vergeht einem der Respekt

Der Bundeswehr sollte man mit Respekt begegnen, doch dieser vergeht einem, wenn am Objektengang nicht ein Soldat steht, sondern der Angestellte eines privaten Sicherheitsdienstes. (...) Eine Bundeswehr, die nicht selbst ihr aus Steuermitteln finanziertes Gerät schützen kann, ist wirklich nur „Deutschlands größter Arbeitgeber“; mehr nicht.

Werner Schäfer, Zschopau

Weiter Ausverkauf an Finanzhaie

Zum Artikel „Hoffnung auf neues Geld“:

Fraktionsvorsitzende von Sozialdemokraten, Grünen und Linken haben für einen weiteren Sozialkahltschlag in Griechenland gewonnen. Unfassbar. Jetzt schlagen sich linke Europaabgeordnete auf die Seite der Troika und unterstützen damit die Verelendung Griechenlands. Damit stimmen sie dem weiteren Ausverkauf des Landes an Finanzhaie und Spekulanten zu. Dies ist ein Schlag ins Gesicht derer, die sich linker Politik im Interesse der Mehrheit der griechischen Bevölkerung verpflichtet fühlen. Ein solch devotes Verhalten konterkariert die massiven Proteste im Lande. Geboten wäre der aktive Kampf der Linken gegen die Austerität und Privatisierung – die Solidarität mit den finanziell Gebeutelten. Leider unübersehbar: Die Linke hat für die sicher komplizierte Entwicklung in Griechenland kein Konzept, nicht einmal eine antikapitalistische Position und schon gar keine solidarische Haltung. Sie tragt der neoliberalen Entwicklung nur stoisch hinterher.

Raimon Brete, Chemnitz



Bundeszweckministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Bundeswehr-Generalinspekteur Volker Wieker haben bei einem Besuch des Jägerbataillons 291 in Illkirch ihre Haltung erläutert. Der terrorverdächtige Oberleutnant Franco A. hat dort seinen Dienst verrichtet.

FOTO: PATRICK SEEGER/DPA

Auch gewisse soziale Kontrolle

Spätestens seit der Flüchtlingswelle hatte sich die Freiwilligenarmee erledigt. Es hat sich gezeigt, dass solche Leute wie Franco A. rechtsextremistische Aktivitäten entfalten, andere Identitäten annehmen können, Munition der Bundeswehr bei ihnen gefunden wird. Dem muss vorgebeugt werden, sonst wird die Bundeswehr unterwandert. Ich denke, dass alle jungen Leute die Bundeswehr durchlaufen sollten. Das betrachte ich auch als eine gewisse soziale Kontrolle, mehr Öffentlichkeit heißt Prävention. Es sind dann Leute aus verschiedenen Schichten dabei, auch solche, die gegensteuern. Außerdem kann der Dienst in der Bundeswehr von Bedeutung für die Identität junger Leute sein, da es ein Dienst für das Volk, ihr Land ist. Mit dem Schutz des Lebens ihrer Familien in unserem Land leistet der junge Mensch einen wichtigen Beitrag und kann noch besser das Leben in unserem Staat unterstützen und schätzen. Es ist ja nicht selbstverständlich, in Frieden zu leben. Selbst in der DDR war der Frieden ein bewaffneter. Das können Soldaten, die aus dem Volk kommen, am besten. Ob das alles Ursula von der Leyen

schaft, weiss ich nicht; eher nicht. Dann müsste sie viel grundlegend verändern. Jedenfalls kann man sich Sorgen um unser Land machen.

Karin Beier, Lichtenau

Feindbilder weiter vermittelt

Der Aussage der Verteidigungsministerin, dass es generelle Probleme gebe und dass es keine Einzelfälle sind, kann man nur zustimmen. Stellt sich die Frage, warum das so ist. Ich denke, dass man hier die geschichtliche Entwicklung der Bundeswehr betrachten sollte. Damals aus der Taufe gehoben von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen, die maßgeblich an der Planung und Durchführung des Überfalles auf die Sowjetunion beteiligt waren, entwickelte sich das, was wir heute erleben. Das Offizierskorps war durchsetzt mit Tausenden von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und Angehörigen der Waffen-SS. Gleiches trifft auf die Ausbilder in den Bundesweherschulen zu. Sie alle haben ihre Ideologie mit Übernahme in die Bundeswehr ja nicht an den Nagel gehängt, sondern diese ebenso wie die alten Feindbilder weiter vermittelt und das wirkt bis heute fort. Nicht nur deshalb ist die Bun-

deswehr anfällig für rechte Gesinnung. (...) Eine Vielzahl solcher Faktoren zu rechten Entwicklungstendenzen in der Bundeswehr kann man in offiziell zugänglichen Dokumenten nachlesen wie beispielsweise auch in den Veröffentlichungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages. Sie alle tragen maßgeblich zur Beantwortung der Frage nach dem Warum in den jetzt hochkochenden Fällen in der Bundeswehr und den mangelnden Ergebnissen beim MAD bei. Daran ändert auch die nun geplante Namensänderung der Bundeswehrkasernen nichts. Die herrschende Ideologie ist maßgebend.

Dietmar Hänel, Flöha

Besser General an der Spitze

Die Abschaffung der Wehrpflicht ist meiner Ansicht nach nicht gut für heranwachsende Generationen, und wir werden erleben, wie die Moral unter den Menschen immer mehr verloren geht. Wenn man bedenkt, was in der Bundeswehr alles an Missständen bekannt geworden ist, sollte meiner Ansicht nach der oberste Dienstherr ein erfahrener General sein.

Martin Narr, Plauen

Stadt trägt eine Mitschuld

Bei seiner Suche nach den Gründen für die Krise, in der sich der Chemnitzer FC befindet, hat ein Leser mehrere Punkte gefunden, die seiner Ansicht nach zu kritisieren sind.



Keine leichte Zeit für die Fans des Chemnitzer FC.

FOTO: PICTURE POINT

Die letzten Monate waren für die CFC-Anhänger schwer zu ertragen: Erst das Millionenloch, dann der sportliche Abfall und nun die bange Frage, ob die Lizenz für die Dritte Liga erteilt wird. Im Herbst wurde den Leitungsgremien durch Stadt und Medien kollektives Versagen bescheinigt, woraufhin sie zurücktraten. Dass die Stadt durch Verzögerungen beim Stadionbau eine Mitschuld trug, wurde offiziell nie zugegeben. Entsprechende Meinungsäußerungen wurden von der Stadt unkommentiert ignoriert. Die Stadtverwaltung gab dem Verein nunmehr vor, wie es zu laufen hat, bestimme quasi die Aufsichtsratsmitglieder und lancierte Herbert Marquard und Stefan Bohne in den Vor-

stand. Deren Aufgaben im finanziellen Bereich waren durchaus plausibel. Nun stellt der Vorstand nach sicherlich vorherigen Querelen die Vertrauensfrage und der Aufsichtsrat, den die Stadt so wollte, spricht Marquard, den sie ebenfalls wollte, nicht mehr das Vertrauen aus. Daraufhin wird von Stadträten erneut auf den Verein insgesamt eingehauen. (...) Im Herbst war es Mitschuld

der Stadt, dass es so kam. Jetzt ist es nahezu allein die Schuld der Stadt, die die neuen Gremien so besetzen ließ. Für mich ist das Verhalten der Stadträte, auch wenn sie zweimal der vorgezogenen Auszahlung der 1,26 Millionen zugestimmt haben, reines parteipolitisches Geplänkel auf dem Rücken des Vereins. Die Mitschuld der Stadtverwaltung wird einfach unter den Tisch gekehrt, und man stellt sich noch als Retter hin, obwohl es sich um Geld handelt, das dem Verein zusteht.

Die Stadt trägt Schuld erstens an ausgebliebenen Einnahmen wegen des zu spät fertig gewordenen Stadions, zweitens aufgrund des Einsatzes von Führungsgremien, die nach kurzer Zeit merken, dass sie nicht miteinander können, und drittens nicht zuletzt durch die nochmals notwendige Abstimmung zu den 1,26 Millionen just zur Zeit der laufenden Lizenzierung, weil wie schon bei den Beschlüssen zum Stadionbau Formfehler begangen wurden. Amateurhaftes Verhalten, das den alten Vereinsgremien vorgeworfen wurde, ist also bei den Stadtpolitikern an der Tagesordnung.

Steffen Tröger, Chemnitz

Und der Graben wird immer tiefer

Zu Berichten und Leserbriefen über die Entscheidung, dass Tave Schur nicht in die Ruhmeshalle des deutschen Sports aufgenommen wird.

Es geht nur um Politik

Die Entscheidung ist abscheulich. Allein schon der Kampf um die Radweltmeisterschaft (1960) auf dem Sachsenring hätte Tave Schur in der Ruhmeshalle einen Ehrenplatz einbringen müssen. Ich finde, dass die Juroren eine Fehlbesetzung in diesem Trauerspiel sind. Sie machen die „Hall of Fame“ zur Posse, weil sie einen gefeierten und anerkannten Sportler schmähen, der wegen seiner Fairness, seines Kampfgeistes und seiner Erfolge noch heute populär ist. Hier geht es nicht darum, sportliche Erfolge zu küren, sondern politische Standpunkte zu bewerten und zu ächten. Es ist tragisch, dass nach über einem Vierteljahrhundert deutscher Einheit immer noch Leute an der Vertiefung des Grabens zwischen Ost und West schaufeln. Die Aufwertung des Ansehens deutscher Sportler wird hiermit nicht erreicht. (...) Ich schäme mich, so etwas erleben zu müssen.

Uwe Bachmann, Chemnitz

Schur hätte sich äußern müssen

Ich bin froh, dass Tave Schur nicht in die Ruhmeshalle des deutschen Sports aufgenommen wurde. Es ist auf jeden Fall so, dass er sich nie vom DDR-Staatsdoping distanziert hat. Dass in Dopingdingen zwischen Ost und West ein großer Unterschied war, sollte eigentlich jedem klar sein. In der DDR war es vom Staat gesteuert und wurde oft ohne Wissen der Sportler verabreicht. Ansonsten hätte die DDR bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen niemals so viele Medaillen geholt. Es gab genug junge Leute, die damals durch das Doping gesundheitlich geschädigt wurden. Und dazu hat Tave Schur wirklich nichts zu sagen? Wenn man das System damals mit unterstützt hat, dann war natürlich alles gut, aber wenn man sich kritisch geäußert hat, sah die Sache schon ganz anders aus. Wir sollten die Dinge von damals schon ehrlich beurteilen, und da muss man auch bei Tave Schur die Lage kritisch betrachten. Es wäre sicherlich gut, wenn er sich mal mit Opfern des DDR-Dopingsystems austauschen würde.

Christoph Wieland, Thalheim

Aufschrei: Zu wenig Sportunterricht

Zum Beitrag „Forscher raten: Sport statt Smartphone“ hat uns dieser Leserbrief erreicht:

In dem Artikel wird nichts Neues verkündet. Die Regeln sind den Eltern wohl bekannt und werden nach Möglichkeit auch eingehalten. Ein Beitrag in der Zeitung wäre eher sinnvoll, um die Zustände an Schulen zu thematisieren, wenn es um den Sportunterricht geht. Der Aufschrei sollte so massiv sein, dass er das sächsische Bildungsministerium endlich einmal unter Druck setzt. In meinem Umfeld kann ich nämlich beobachten, dass vom Unterrichtsausfall hauptsächlich Sportstunden betroffen sind. Das Forscherteam rät der Familie, wie sie sich verhalten sollte. Eltern sind meist selber überfordert und beschäftigt in Sorge um die Arbeitsplatzhaltung. Das verdiente Geld muss den Lebensunterhalt sichern und mit den Steuern sollte es doch möglich sein, dem Schulsport auf die Beine zu helfen. Jugendliche bleiben auf der Strecke, wenn die Schule den Bildungsauftrag nicht erfüllt.

Marion Hoffmann, Chemnitz